Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Jahrbuch

Oldenburger Landesverein für Geschichte, Natur- und Heimatkunde

Oldenburg, 1957-

Klaus Schultze: Die doppelte Karriere von Bürgermeister Hermann Petermann. Eine Fallstudie über Nationalsozialismus und Erinnerungskultur in Wildeshausen [Mit Abb.]

urn:nbn:de:gbv:45:1-3267

Visual Library

Klaus Schultze

Die doppelte Karriere von Bürgermeister Hermann Petermann[1)]

Eine Fallstudie über Nationalsozialismus und Erinnerungskultur[2)] in Wildeshausen

Hermann Petermann war mit Unterbrechungen von 1930 bis 1976 in der Kommunalpolitik seiner Heimatstadt Wildeshausen aktiv, in einem Zeitraum also von mehr als 45 Jahren. Fast 27 Jahre lang war er Mitglied des Stadtrates, genau die Hälfte dieser Zeit, insgesamt mehr als 13 Jahre, amtierte er als Bürgermeister. Diese Daten sind sicherlich eindrucksvoll, aber das eigentlich Bemerkenswerte an dieser kommunalpolitischen Karriere ist, dass sie sich unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen vollzog und die Zäsur von 1945 überbrückte. Petermann war Bürgermeister in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur 1933 bis 1945 und noch einmal eine kürzere Spanne von 1968 bis 1970. In der Wahlperiode vor dieser zweiten Amtszeit war er von 1964 bis 1968 auch Landrat des Kreises Oldenburg.

1) Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung eines am 12. Januar 2006 in Wildeshausen gehaltenen Vortrags und zugleich um eine Zusammenfassung meiner 2004 von der Philosophischen Fakultät der Westfälische Wilhelms-Universität Münster angenommenen Magisterarbeit. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten, der Text nur um grundlegende Quellen- und Literaturnachweise ergänzt.

2) Die Definition von Erinnerungskultur ist in der Forschung uneinheitlich. Ähnliche Begriffe verschiedener Reichweite und damit verbundene unterschiedliche Untersuchungskonzepte konkurrieren in diesem Kontext. Die vorzustellende Studie legt einen weiten Begriff zu Grunde. Es wird hinterfragt, wie sich eine Gesellschaft durch kollektive Anerkennung bestimmter Erinnerungen zu legitimieren versucht, wie diese Deutungsangebote von Vergangenheit ausgewählt und vermittelt werden und welche Wirkung sie entfalten. Vgl. allgemein: Matthias Dümpelmann, Woran man sich künftig erinnern wird. Bemerkungen zum öffentlich-politischen Gedächtnis, in: Westfälische Forschungen 51, 2001, S. 19-24; Habbo Knoch, Das mediale Gedächtnis der Heimat. Krieg und Verbrechen in den Erinnerungsräumen der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.), Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik, Göttingen 2001, S. 275-300; Clemens Wischermann, Wettstreit um Gedächtnis und Erinnerung in der Region, in: Westfälische Forschungen 51, 2002, S. 1-18; Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Anschrift des Verfassers: Klaus Schultze, M.A., Elisabeth-Ney-Str. 12, 48147 Münster.

Landesbibliothek Oldenburg

Dieses Comeback eines lokalen Spitzenfunktionärs der NSDAP erscheint auf den ersten Blick erklärungsbedürftig, weil Gesellschaft und zeitgeschichtliche Forschung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik über Medien und im Schulunterricht der mittleren und jüngeren Generation das Bild eines radikalen Umbruchs mit dem Ende der NS-Diktatur 1945 vermittelten, der Mythos der Stunde Null gehegt und gepflegt wurde.
Die Angehörigen der Zeitzeugengeneration, die den Zweiten Weltkrieg oder zumindest die Nachkriegszeit bewusst erlebt haben, wissen jedoch aus eigener Erfahrung, dass diese Form von Kontinuität nichts Außergewöhnliches war. In zahlreichen Kommunen finden sich ähnliche Beispiele; auf allen gesellschaftlichen Ebenen gab es Amtsträger und Funktionäre der NS-Zeit, die später mit scheinbarer Selbstverständlichkeit ihre Karrieren fortsetzten. Die breite Erforschung dieser Phänomene ist eine Aufgabe, der sich die zeitgeschichtliche Forschung systematisch erst seit den neunziger Jahren gestellt und die immer noch große Lücken hat.[3]) Die hier vorzustellende Studie hat daher über das konkrete Beispiel Hermann Petermanns hinaus ihr Erkenntnisinteresse auf die gesellschaftlichen Hintergründe gerichtet. Primär soll Petermanns öffentliches Wirken durch die verschiedenen Zeitabschnitte verfolgt werden, dabei aber immer wieder über seinen Werdegang hinausgeblickt, die Wechselwirkungen mit der örtlichen Gesellschaft einbezogen und allgemeine Entwicklungen eingeblendet werden.

Nationalsozialistische Zeit

Hermann Petermann trat am 1. Juni 1930 in die NSDAP ein.[4]) Zu diesem Zeitpunkt war er 33 Jahre alt und bereits ein etabliertes Mitglied der Wildeshauser Gesellschaft: Er war ordendekorierter Weltkriegsteilnehmer, Inhaber und Leiter eines Landmaschinenbetriebes, Vater einer großen Familie, Feuerwehrmann und – in Wildeshausen gesellschaftlich von höchster Bedeutung – Offizier der Schützengilde. Er gehörte zu einer Generation, die noch im Kaiserreich aufgewachsen war. Die wilhelminische Gesellschaft hegte große Zukunftserwartungen und war geprägt von einer dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung. Ähnlich signifikant war aber auch ihre Agressivität gegenüber Minderheiten, der zunehmende Antisemitismus ist dafür nur ein Beispiel. Die traumatische Fronterfahrung der

3) Vgl. Wolfgang Benz, Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus. Erinnerung, Amnesie, Abwehr, in: Erinnern oder Verweigern (Dachauer Hefte 6), Dachau 1990, S. 12-24; Norbert Frei, Das Problem der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 19-31; Ulrich Herbert, NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, S. 93-115; Friso Wielenga, Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik, Greifswald 1995, hier S. 27-50.

4) Alle Angaben zur Person Petermanns stammen aus folgenden Quellen: Entnazifizierungsakte Staatsarchiv Oldenburg (künftig: StAOl), Best. 351 Nr. OLa 5695; Spruchgerichtsakte Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Best. Z 42 Nr. II/921; NSDAP-Personalunterlagen aus dem ehemaligen Berlin Document Center (BDC), jetzt im BA Berlin, Nr. 244 462; Personalakte Petermann vom Amt Oldenburg Land: StAOl, Best. 231-1 Nr. 486.

Landesbibliothek Oldenburg

Weltkriegsteilnehmer führte zu einer Entfremdung der Betroffenen von der älteren Generation. Die Jüngeren suchten vielfach nach neuen Wegen in allen Lebensbereichen, nicht zuletzt in der Politik. Es war die Altersgruppe der Frontsoldaten, die den Kern der aufsteigenden NSDAP bildete.[5])

Petermanns Parteieintritt fiel zusammen mit dem Höhepunkt einer Krise, die der NSDAP im Norden und Nordwesten des Deutschen Reiches zu entscheidenden politischen Durchbrüchen verhalf. Es handelte sich zunächst um eine Wirtschaftskrise der Landwirtschaft. Vor allem die Milchwirtschaft und die Schweinezucht litten unter der Agrarpolitik des Reiches, die im Interesse der ostelbischen Junker die Futtermittelpreise in die Höhe trieb, was insbesondere den Geestbauern zusetzte. Ende der zwanziger Jahre führte dies zur politischen Mobilisierung und Radikalisierung der Landbevölkerung.[6]) Die hier ausgelöste Wählerwanderung nach rechts spielte den Nationalsozialisten in die Hände. Die NSDAP nutzte diesen Trend und entfaltete eine bis dahin im ländlichen Raum nicht gekannte Propaganda. Sie passte sich mit ihren politischen Kundgebungen geschickt der Festkultur der Landbevölkerung an, wodurch sie hier schnell akzeptiert wurde. Die Region lieferte den Nazis reichsweite Spitzenwahlergebnisse. Die NSDAP erhöhte beständig den Druck auf die Regierung in Oldenburg. Bei der Landtagswahl im Mai 1932 gewann sie die absolute Mandatsmehrheit und bildete die erste rein nationalsozialistische Landesregierung mit Gauleiter Carl Röver als Ministerpräsidenten.[7])

Im Schatten dieser Entwicklung machte Petermann in Wildeshausen schnell Karriere: Nach der Kommunalwahl im November 1930 wurde er Ratsherr, Ende 1931 als erster Nationalsozialist Mitglied des Magistrats.[8]) Schon im Februar 1931 hatte er die Führung der NSDAP-Ortsgruppe übernommen. Die Bezirksleitung hatte ihn in einer für die Partei schwierigen Phase zum neuen Ortsgruppenleiter bestimmt. In Norddeutschland regte sich vielerorts Widerstand gegen die Parteiführung, auch in Wildeshausen gab es Oppositionelle, die, nachdem sich die Berliner Parteispitze unter Goebbels durchgesetzt hatte, im März 1931 aus der Partei ausgeschlossen

5) Zu den politischen Generationen vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, 2. durchges. Aufl., Bonn 1996, hier S. 42-45; Detlef Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt/M. 1987, hier S. 25-31; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

6) Otto Böckmann, Landwirtschaft im Oldenburger Münsterland 1919-1933. Untersuchungen zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation, Vechta 2000; Hans-Werner Niemann, Die oldenburgische Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930-1932), in: Oldenburger Jahrbuch 86, 1986, S. 165-178.

7) Wolfgang Günther, Freistaat und Land Oldenburg (1918-1946), in: Albrecht Eckhardt / Heinrich Schmidt (Hrsg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, 4. Aufl. 1993, S. 403-489; Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978.

8) Zur allgemeinen Entwicklung in Wildeshausen vgl. Peter Heinken, Wildeshausen vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1914-1945), in: Albrecht Eckhardt (Hrsg.), Wildeshausen. Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, Oldenburg 1999, S. 707-797; Walter Schultze, Die Stadt Wildeshausen seit 1945, ebd., S. 799-880; beide Beiträge bilden eine wesentliche Grundlage dieser Darstellung. Durch ihre Abgrenzung wurde das Jahr 1945 als Zäsur zu stark akzentuiert, vgl. zu diesem Problem Matthias Frese/Michael Prinz, Sozialer Wandel und politische Zäsuren seit der Zwischenkriegszeit. Methodische Probleme und Ergebnisse, in: dies. (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 1-31.

Landesbibliothek Oldenburg

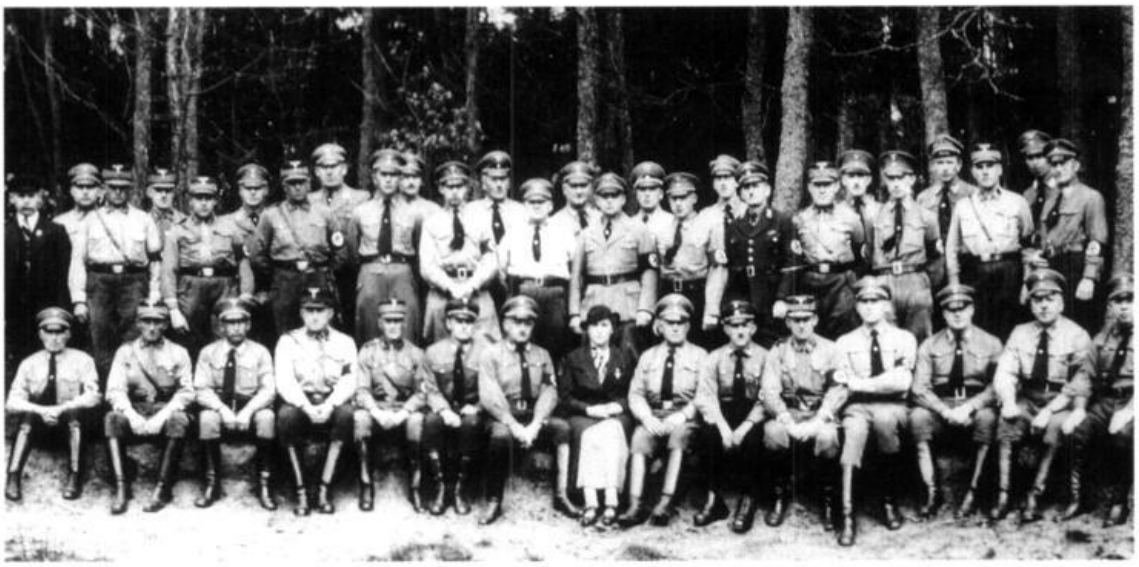

Abb. 1: Die Funktionäre der NSDAP-Ortsgruppe Wildeshausen in den 1930er Jahren. Ortsgruppenleiter Petermann in der Mitte (hinter der NS-Frauenschaftsleiterin) stehend (Sammlung Alfred Panschar, Wildeshausen).

wurden. In der Folgezeit stabilisierte sich die Wildeshauser Ortsgruppe unter Petermann in der von der Bezirksleitung gewünschten Weise.[9])

Im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik wurden im Frühjahr 1933 auch die Kommunalräte umgebildet und den Ergebnisssen der Reichstagswahlen vom März angeglichen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse nutzte die NSDAP in Wildeshausen sofort aus. Am 27. Juni 1933 wurde ihr Kandidat Hermann Petermann zum neuen Bürgermeister gewählt. Der Rat stimmte ihm mit großer Mehrheit zu, offenbar waren Vereinbarungen mit den bürgerlich-konservativen Vertretern getroffen worden, aber dennoch war diese Wahl nicht unumstritten. In den eigenen Reihen regte sich Widerstand, ein älterer Parteigenosse richtete Protestschreiben an den Ministerpräsidenten und sprach sich dafür aus, den alten Bürgermeister Johann Wördemann im Amt zu belassen. Seine Motive dafür blieben unklar, und der Vorstoß scheiterte. Petermann blieb mit dem Segen der Landesregierung im Amt.

Auf lokaler Ebene stützte sich die nationalsozialistische Herrschaft auf zwei Säulen, die Ortsgruppe der NSDAP und die Kommunalverwaltung. Die Ortsgruppen bildeten ein entscheidendes Instrument zum Aufbau und zur Stabilisierung der Diktatur.[10]) Sie waren das primäre Mittel der Beeinflussung und Überwachung und prägten den Alltag der Bevölkerung wesentlich. Sie bildeten den Rahmen für Erziehung, Propaganda und Fürsorge einerseits sowie für Überwachung und Bedrohung andererseits. Die flächendeckende Kontrolle und Erfassung der Einwohner in Haushaltungskarteien bildete die Grundlage für Unterdrückungsmaßnahmen staatlicher

9) StAOl, Best.136 Nr. 2861 Bl. 134; Wildeshauser Zeitung (künftig: WZ) 16.7.1931; Heinken (s. Anm. 8), S. 756.

10) Zum Folgenden vgl. Carl-Wilhelm Reibel, Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortgruppen 1932-1945, Paderborn u.a. 2002, hier S. 382-396.

Landesbibliothek Oldenburg

Stellen, insbesondere auch für die Verfolgung der jüdischen Bürger. Die Leistungsfähigkeit der Ortsgruppenverwaltung hing aufgrund des Führerprinzips wesentlich von der Kompetenz des Ortsgruppenleiters ab. Die Partei verzichtete bei diesem zentralen Amt möglichst auf den Typus des grobschlächtigen Kämpfers und war bestrebt, die Leitung der Ortsgruppen in die Hände von gesellschaftlich anerkannten Personen zu legen. Hermann Petermann ist dafür sicherlich ein gutes Beispiel. Darüber, wie die Wildeshauser Ortsgruppe im Detail funktionierte, können mangels geeigneter Quellen kaum Aussagen gemacht werden.

Wenden wir uns also dem zweiten wichtigen Amt zu, das Petermann bekleidete, und versuchen seine Tätigkeit in der Verwaltung zu charakterisieren. Fest steht, dass Petermann in den knapp zwölf Jahren seiner Amtszeit eine enorme Arbeitsleistung bewältigte. Denn neben seiner Tätigkeit für Stadt und Partei führte er ununterbrochen seinen Betrieb weiter. Spätestens im Krieg, als sich die Aufgaben für die Kommunalverwaltung im Zuge der Kriegswirtschaft erheblich vermehrten, dürfte die Doppelbelastung kaum noch zu bewältigen gewesen sein.[11]) Schwere, durch Stress verursachte Erkrankungen, die Petermann in dieser Zeit erlitt, deuten darauf hin, dass er mindestens in dieser Phase überlastet war. Dennoch hat er die Geschäfte der Stadt insgesamt gut und erfolgreich geführt. Die Verwaltung der Schulen und der städtischen Forsten waren Schwerpunkte der Arbeit. In den Friedensjahren setzte die Stadt Akzente im Straßenbau und in der Entwicklung von Baugebieten. Dies wurde bewältigt, ohne die Stadt zu verschulden. Ältere Verbindlichkeiten wurden sogar abgetragen. Nach 1945 wurde Petermann von verschiedener Seite bestätigt, dass er immer bemüht war, seine Amtsgeschäfte sachlich, unparteiisch und gerecht zu führen. Nichtsdestoweniger pflegte er manchmal einen Stil, der autoritär und selbstgefällig erschien und Rechtsvorschriften grob missachtete. Ein Beispiel war die eigenmächtige Gehaltskürzung bei Lehrern der Mittelschule, die Petermann vornahm, nachdem es hier zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Solches Verhalten führte einige Male zu Beschwerden bei den Landesbehörden und trug ihm mehrfach Abmahnungen ein.[12])

Neben der alltäglichen Verwaltungsarbeit während der NS-Zeit müssen selbstverständlich die verbrecherischen Seiten der Diktatur in den Blick genommen werden, nämlich die Terrorisierung politischer Gegner, die Misshandlung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie die Verfolgung der jüdischen Bürger. Eingangs ist zu betonen, dass Petermann auch in diesen Zusammenhängen von Zeitzeugen vielfach ein positives Zeugnis ausgestellt wurde. Es gibt eine Reihe von Berichten, die schildern, dass Petermann inopportunes Verhalten teilweise ignorierte oder es bei persönlichen Ermahnungen beließ und bei Vorfällen dieser Art möglichst vermied, amtliche Stellen einzuschalten.[13]) Es ist erkennbar, dass er ein gutes Gespür

11) Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u.a. 1970, hier S. 229-247.

12) StAOl, Best. 231-1 Nr. 486; Best. 136 Nr. 1736 Bl. 206 ff.

13) Bernd Oeljeschläger (Hrsg.), Was die Alten so erzählen ... Geschichte(n) aus Wildeshausen, Oldenburg 1995, S. 126 Nr. 265, und weitere Berichte von Zeitzeugen. Im Rahmen der Recherchen für diese Studie wurden fünfzehn Zeitzeugeninterviews geführt. Da sich die Zeitzeugen überwiegend für eine Anonymisierung ihrer Angaben ausgesprochen haben und auch keine Typoskripte zur Verfügung stehen, wird auf einzelne Nachweise verzichtet.

Landesbibliothek Oldenburg

dafür hatte, wann überzogene Reaktionen das Ansehen des Regimes eher beschädigt hätten. In einer Reihe von Fällen, als der Staatsapparat schon zugegriffen hatte, setzte sich Petermann für die Verfolgten ein. Als pars pro toto sei hier der gut belegte Fall der Einzelhändlerin Maria Pieper angeführt. Ihr wurde 1941 der Prozess gemacht, weil sie Lebensmittel an Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter abgegeben hatte. Hier setzte sich Petermann sogar vor Gericht für die Beschuldigte ein und trug maßgeblich dazu bei, dass sie freigesprochen wurde.[14])

Durch die fragmentarische Überlieferung von Gestapo-Akten[15]) und durch andere Quellen, etwa Zeitungsmeldungen, sind jedoch auch Vorkommnisse in Wildeshausen belegt, wo sich Petermann nicht um Verhaftete oder Verfolgte kümmerte. Ob ihm dies immer möglich gewesen wäre, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls kann aus einzelnen Berichten zu seinen Gunsten nicht ohne Weiteres geschlossen werden, dass Petermann unter allen Umständen versuchte, Bürger seiner Gemeinde vor den unkalkulierbaren Maßnahmen der Staatsmacht zu schützen. Er verwendete sich anscheinend vorwiegend dann, wenn Wildeshauser in Schwierigkeiten gerieten, die er persönlich kannte und für harmlos hielt.

Seine Amtspflichten brachten es mit sich, dass Petermann in Zusammenarbeit mit übergeordneten Behörden auch aktiv an der Kontrolle und Überwachung potenzieller Regimegegner mitwirkte. Die wenigen aktenkundig überlieferten Vorgänge dieser Art lassen durchaus nicht den Eindruck zu, er habe dabei alles getan, um seine Wildeshauser vor Verfolgung zu schützen. Petermann beschwerte sich zum Beispiel mehrfach bei höheren Dienststellen über den damaligen katholischen Pfarrer Fortmann. Fortmann hat sich nach dem Krieg sehr für Petermann eingesetzt. Es ist zu bezweifeln, dass er dies in voller Kenntnis jener Vorgänge so getan hätte.[16])

Die Ausbeutung und streckenweise menschenverachtende Behandlung von Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeitern ist eines der großen Verbrechen des NS-Regimes, das in seinen ganzen Ausmaßen erst in den letzten Jahren in unser Bewusstsein getreten ist. Petermann war dienstlich mit diesen Angelegenheiten befasst. Die Stadtverwaltung war zuständig für die Unterbringung von Fremdarbeitern in Sammelunterkünften. Nach allem, was bekannt ist, bemühte sich Petermann um eine angemessene Versorgung und korrekte Behandlung der Betroffenen. Auch die in seinem eigenen Betrieb eingesetzten Kriegsgefangenen sind gut behandelt worden und waren den deutschen Arbeitern faktisch gleichgestellt.[17]) In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass Petermann in seinem Verhalten offenbar keine Unterschiede machte gegenüber den Arbeitskräften west- und osteuropäischer Herkunft, er sich also in dieser Hinsicht nicht von rassenideologischen Irrlehren beeinflussen ließ.

Das traurigste Kapitel der NS-Zeit in Wildeshausen ist die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde. Hier können nicht alle Etappen der schrittweisen

14) BA Koblenz, Best. Z 42 Nr. II/921 Bl. 17.

15) Albrecht Eckhardt / Katharina Hoffmann, Gestapo Oldenburg meldet ... Berichte der Geheimen Staatspolizei und des Innenministers aus dem Freistaat und Land Oldenburg 1933-1936, Hannover 2002.

16) BA Koblenz, Best. Z 42 Nr. II/951 Bl. 15, 27; Stadt Wildeshausen (künftig: StW), Sondermeldung des Bürgermeisters zur Volksabstimmung 1936; vgl. Heinken (s. Anm. 8), S. 770.

17) StAOl, Best. 351 Nr. Ola 5695 Bl. 71; BA Koblenz, Best. Z 42 Nr. II/921 Bl. 28; vgl. Oeljeschläger (s. Anm. 13), S. 175-177.

Landesbibliothek Oldenburg

Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bürger im Alltagsleben nachgezeichnet werden, die die Voraussetzung waren für die zynisch sogenannte „Endlösung" der Judenfrage, also die nahezu vollständige Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden. An dieser Stelle müssen Hinweise auf wenige Fakten und Eindrücke genügen.[18]) Die jüdische Gemeinde in Wildeshausen zählte Anfang 1933 nur noch zwanzig Personen, in den 1920er Jahren hatten zwei größere Familien die Stadt verlassen. Die in ihrer Heimat Verbliebenen mussten in den folgenden Jahren erleben, dass ihre Mitbürger, mit denen sie bis dahin fast immer friedlich zusammengelebt hatten, plötzlich mehrheitlich mehr oder minder feindliche Verhaltensweisen an den Tag legten. Es gab wenige, die sich – teils offen, teils heimlich – weiterhin mit ihnen solidarisierten. Es gab die große Mehrheit, die sich unter dem Druck des Regimes von ihnen abwandte. Es gab Arisierungsgewinner, die schamlos von ihrer schrittweisen Entrechtung profitierten. Es gab auch widerwärtige, öffentliche Hetzereien und Gewalttätigkeiten, sogar an Kindern verübt. Der Familie von Arthur Goldstein gelang es, noch rechtzeitig das Land zu verlassen und, in den Niederlanden versteckt, den Krieg zu überstehen. Von den übrigen Familien überlebte niemand die Vernichtung des Ghettos in Minsk, wohin sie 1941 von Bremen aus deportiert wurden. Die jüdischen Familien, die in den zwanziger Jahren in Wildeshausen lebten, hatten insgesamt 48 Holocaust-Opfer zu beklagen.
Auch die vom NS-Regime aufgrund der irrsinnigen Rassenlehre als ‚Halbjuden' stigmatisierten Menschen wurden ausgegrenzt und verfolgt. Die Betroffenen waren meistens vollkommen assimiliert und hatten oft gar keine persönliche Beziehung zur jüdischen Religion und Kultur. Ein prägnantes Beispiel für diese Schicksale ist die in Wildeshausen gut bekannte Familie von Theodor Cohn.[19])
Welchen Anteil hatte nun Hermann Petermann an diesen Geschehnissen? Nach heutigem Kenntnisstand kann ihm zugute gehalten werden, dass er nicht zu den Scharfmachern zählte, die den jüdischen Bürgern besonders hart zusetzten. Dennoch ist er als führender Nationalsozialist am Ort mitschuldig geworden. Auch wenn die Verfolgungen nicht von ihm ausgingen, geschahen die Verbrechen an den Wildeshauser Juden unter seiner Verantwortung.

Nachkriegszeit

Als die britischen Truppen Anfang April 1945 den Raum Wildeshausen erreichten, tauchte Hermann Petermann ab. Er übergab den Rathausschlüssel einer Mitarbeiterin, verabschiedete sich mit einem zackigen ‚Heil Hitler' und überließ die Stadt ihrem Schicksal.[20]) In der Umgebung Wildeshausens leisteten Wehrmachtverbände noch einmal Widerstand gegen die Briten, wobei die Stadt erhebliche Schäden erlitt und etliche zivile Opfer zu beklagen hatte. Petermanns Nachfolger in der Leitung der Stadtverwaltung haben ihn später dafür kritisiert, dass er nicht für eine friedliche

18) Sämtliche Ausführungen zur jüdischen Gemeinde Wildeshausens stützen sich auf Werner Meiners, Geschichte der Juden in Wildeshausen, Oldenburg 1988.
19) StAOl, Best. 289 Nr. 103 Nachlaß Cohn. Zur Rolle Cohns in der Nachkriegszeit s. Anm. 31.
20) Oeljeschläger (s. Anm. 13), S. 170 Nr. 363 und weitere Berichte von Zeitzeugen.

Landesbibliothek Oldenburg

Übergabe der Stadt an die Besatzer gesorgt hat, wie es etwa in Oldenburg geschah.[21]) Ob dies gegen den Willen der kampfbereiten deutschen Truppen möglich gewesen wäre, muss dahingestellt bleiben. Nachdem sich die Besatzungsmacht etabliert hatte, tauchte Petermann in Wildeshausen wieder auf und stellte sich. Er wurde umgehend interniert. Als NSDAP-Ortsgruppenleiter gehörte er zu den Personenkreisen, die laut ‚Automatic-Arrest'-Befehl von den West-Alliierten ausnahmslos verhaftet werden sollten. Am 11. Mai 1945 wurde Petermann in das Internierungslager Esterwegen eingeliefert und im Februar 1946 nach Fallingbostel verlegt. Der Hauptgrund für die massenweise Internierung von Parteifunktionären, höheren Beamten und Polizeiangehörigen war die Angst der Besatzungsmächte vor Widerstandsaktionen. Der Parteiapparat der NSDAP sollte vollständig zerschlagen werden, und die überzeugtesten Nazis sollten bis auf Weiteres aus dem Verkehr gezogen bleiben, um den demokratischen Wiederaufbau nicht zu gefährden. Außerdem war bei Kriegsende zunächst unklar, welche Personengruppen kollektiv einer Strafverfolgung unterzogen werden sollten. Der Umerziehungsgedanke, wie er von den Briten in den Kriegsgefangenlagern verfolgt wurde, spielte zunächst keine Rolle.[22])

Leider existieren keine Quellen, die von Hermann Petermanns Erleben seiner Haftzeit konkret berichten. Die Literatur über die Internierungslager vermittelt jedoch interessante allgemeingültige Einblicke. Von 1945 bis zur endgültigen Auflösung 1949 durchliefen 90.000 Gefangene die Lager der britischen Besatzungszone. Die Ernährung war in der Anfangsphase, vor allem im Winter 1945/46, sehr schlecht. Aber in dem Maße, wie sich die allgemeine Versorgungskrise entspannte, wurden auch die Lagerinsassen besser verpflegt. Insgesamt bemühten sich die Briten um eine korrekte Behandlung der Gefangenen. Anfängliche Probleme mit gewalttägigen Wachmannschaften wurden schnell beseitigt. Die Häftlinge litten vor allem unter der Isolation, der sie gezielt unterworfen wurden, und der Ungewissheit ihrer Zukunft. Postverkehr und Besuchsregelungen wurden sehr restriktiv gehandhabt. Da es auch keine Arbeitseinsätze außerhalb der Lager gab, waren die Häftlinge wenig beschäftigt. Nach und nach entfalteten sich in den Lagern selbst organisierte Kultur- und Bildungsprogramme, die bald von den Lagerleitungen unterstützt wurden. Auch für seelsorgerischen Beistand war gesorgt. Trotz dieser eigentlich nicht ungünstigen Umstände hat sich in den Lagern ein Geist der Einsicht und inneren Abkehr von der politischen Vergangenheit bei den Häftlingen überwiegend nicht durchsetzen können. Vielfach gaben Nazi-Seilschaften den Ton an. Mit zunehmender Internierungsdauer wuchsen Demoralisierung und Misstrauen gegenüber den Briten. Schrittweise wurden verschiedene Häftlingsgruppen entlassen. Länger interniert blieben diejenigen, die auf der Grundlage des Urteils im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vom Oktober 1946 einem Strafverfahren unterzogen werden sollten. Zu diesem Zweck richteten die Alliierten bei den Lagern mit deut-

21) Vgl. Günther (s. Anm. 7), S. 469; StAOl, Best. 231-1 Nr. 486 Unterakte 1/7: Schreiben der Stadt Wildeshausen an den Landkreis Oldenburg vom 21.1.1949.

22) BA Koblenz, Best. Z 42, Nr. II/921; zu den Lagern in der britischen Zone vgl. Carl Hüser, 'Unschuldig' in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999; Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991.

Landesbibliothek Oldenburg

schen Juristen besetzte Spruchgerichte ein, die im Juni 1947 ihre Tätigkeit aufnahmen.[23]) Angeklagt wurden alle Mitglieder der im Nürnberger Urteil als verbrecherisch eingestuften Organisationen. Für die Schuldfrage war es entscheidend, den Angeklagten nachzuweisen, dass sie Kenntnis von den Verbrechen ihrer Dienststellen hatten. Mit Hilfe eines Strafverteidigers legte Petermann dem Gericht eine ausführliche Verteidigungsschrift vor, die er mit einer Reihe von unterstützenden Stellungnahmen aus Wildeshausen untermauerte.[24]) Der Tenor dieser Einlassungen war, seine Verdienste um seine Heimatstadt herauszustellen, womit der Kern der Anklage ignoriert wurde. In einer Vernehmung durch die Anklagebehörde wenig später ging es genau um diese Frage: Was hatte Petermann konkret gewusst von den verbrecherischen Handlungen des Regimes, dem er gedient hatte. In seinen Aussagen stritt Petermann alles ab. Das war natürlich legitim, von niemandem kann erwartet werden, dass er sich selbst vor Gericht belastet. Die Protokolle dieser Verhöre hinterlassen dennoch einen etwas gespenstigen Eindruck. Im Lichte heutiger Erkenntnisse wirkt es schon äußerst bizarr, was der Angeklagte alles nicht gewusst, wovon er nichts erfahren haben wollte. Auch die Staatsanwaltschaft glaubte ihm kaum und versuchte in der Folgezeit im Hinblick auf konkrete Anklagepunkte Ermittlungen anzustellen. Dies war unter den damaligen Bedingungen jedoch sehr schwierig, auf eine voll funktionsfähige Kriminalpolizei etwa konnte sich der Staatsanwalt nicht stützen. Als eine wichtige Frage schälte sich heraus, ob die ultimative Aufforderung an die Wildeshauser Juden Anfang 1940, die Stadt zu verlassen, von der Wildeshauser Verwaltung ergangen war. Dafür gab es einen Zeugen, doch Petermann bestritt dies und nannte einen Entlastungszeugen. Tatsächlich wurde dieser Vorwurf in dem Spruchgerichtsverfahren gegen Petermann am 6. Februar 1948 verhandelt, da jedoch Aussage gegen Aussage stand, blieb dieser Punkt für die Urteilsfindung ohne Bedeutung. Das Gericht sprach Petermann schließlich schuldig. Irritierenderweise stand im Mittelpunkt der Begründung, dass er von der Verpflichtung der Juden wusste, seit 1941 einen gelben Davidstern zu tragen, und er damit zweifelsfrei von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit Kenntnis hatte. Insgesamt betrachtete der Richter Petermanns Verantwortung jedoch sehr differenziert und kritisch. Bei der Strafzumessung wurde ihm zugute gehalten, dass die Bürger seiner Heimatstadt zahlreich gute Leumundszeugnisse ausgestellt hatten. Anerkannt wurde auch sein unbestritten großer Einsatz als Bürgermeister.[25]) Schließlich verurteilte ihn das Gericht zu einer erheblichen Geldstrafe, die jedoch zum größeren Teil durch die Internierungshaft abgegolten war. Schon kurz vor der

23) Zur Praxis der Spruchgerichte im Allgemeinen vgl. Wember (s. Anm. 22), S. 274-357.
24) BA Koblenz, Best. Z 42 Nr. II/921 Bl. 10-23.
25) Zu Petermanns Gunsten wurde in der Urteilsbegründung besonders hervorgehoben, dass er sich unter Einsatz seines Lebens an der Rettung der Besatzung eines abgeschossenen amerikanischen Bombers beteiligt haben soll. Entsprechende Erklärungen mehrerer Zeugen liegen in den Akten vor. Nach übereinstimmenden Aussagen verschiedener Zeitzeugen sind diese Angaben jedoch falsch und sogar gezielt verfälscht worden, um Petermann zu helfen. Zwar war auch die Wildeshauser Feuerwehr unter Petermanns Leitung am Absturzort im Einsatz, die lebensgefährliche Rettung eines eingeklemmten Fliegers haben jedoch Anwohner mit Unterstützung der überlebenden Amerikaner unternommen. Vgl. den interessanten Zeitzeugenbericht des amerikanischen Piloten bei Ralph E. Sirianni, POW Nr. 3959. Memoir of a World War II Airman Shot Down Over Germany, Jefferson N.C. 2006, S. 201-206.

Landesbibliothek Oldenburg

Verhandlung, Ende Januar 1948, war Petermann, wohl aus gesundheitlichen Gründen, aus dem Internierungslager entlassen worden. Da er die restliche Geldstrafe kurzfristig aufbringen konnte, verließ er den Gerichtssaal als freier, wenngleich schwerkranker Mann. Das Verfahren hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Was Petermann letztendlich vom Spruchgericht nachgewiesen werden konnte, ist marginal gemessen an der grauenhaften Realität des NS-Staates, für die er durch seine Position als mitverantwortlich angesehen wurde. Dennoch hat er mit der langen Internierungshaft, die verschärft war durch seine gesundheitlichen Probleme, im Vergleich zu wesentlich stärker belasteten NS-Funktionären schwer gebüßt. Insgesamt hat, das zeigt sein späteres Verhalten sehr deutlich, dieses Nachspiel bei Petermann kaum eine selbstkritische Sicht auf seine NS-Vergangenheit befördert, vielleicht sogar das Gegenteil bewirkt: Er machte die Erfahrung, dass es sich lohnte, durch Verleugnung und Beschönigung seine Verantwortung herunterspielen.

In der britischen Besatzungszone waren Spruchgerichtsbarkeit und Entnazifizierung zwei getrennte Verfahren. Die von den Gerichten abgeurteilten NS-Funktionäre mussten sich anschließend alle noch einem Entnazifizierungsausschuss stellen. Hermann Petermanns Entnazifizierung kann hier übergangen werden, da die Verhandlung fast auf derselben Grundlage wie das Gerichtsverfahren stattfand und kaum neue Erkenntnisse brachte.[26]) Ein Punkt der Entscheidung verdient es jedoch hervorgehoben zu werden. Der Ausschuss sprach Petermann unbefristet das passive Wahlrecht ab. Das bedeutet, dass er nie wieder ein politisches Amt hätte bekleiden können, wenn nicht das niedersächsische Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung vom 18. Dezember 1951 Sanktionen dieser Art aufgehoben hätte. Auf die Hintergründe solch seltsamer politischer Entscheidungen soll hier kurz eingegangen werden.

Die politische Kultur der frühen Bundesrepublik zeichnete sich durch ein Nebeneinander widersprüchlicher Elemente aus. Den Bemühungen um einen demokratischen Neubeginn standen politische Entscheidungen gegenüber, die sich ausrichteten an der ausgeprägten Schlussstrichmentalitiät eines Großteils der Bevölkerung im Hinblick auf die NS-Vergangenheit. Der Bundestag erließ in seiner ersten Legislaturperiode verschiedene äußerst großzügige Amnestieregelungen für Kriegsverbrecher und NS-Täter. In den Debatten um die Beendigung der Entnazifizierung profilierten sich insbesondere die Deutsche Partei und die FDP als rechtskonservative Interessenparteien. Alle Bundesländer verabschiedeten Anfang der 1950er Jahre entsprechende Entnazifizierungsabschluss-Gesetze. Die Politik zielte damit auf die Integration der großen Mehrheit von NS-Belasteten, die bereit waren, sich zumindest formal vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Der Preis für diese Vergangenheitspolitik war hoch. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen kam praktisch zum Stillstand. Die öffentlichen Verwaltungen und insbesondere die Justiz wurden geradezu renazifiziert. Diese Politik leistete einer gesellschaftlichen Ent-

26) StAOl, Best. 351 Nr. OLa 5695; zur Entnazifizierung allgemein vgl. Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991; Lutz Niethammer, Schule der Anpassung. Die Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen, in: ders., Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, Bonn 1999, S. 53-58; Alexander von Plato, Eine zweite 'Entnazifizierung'? Zur Verarbeitung politischer Umwälzungen in Deutschland 1945 und 1989, in: Rainer Eckert (Hrsg.), Wendezeiten – Zeitenwende. Zur 'Entnazifizierung' und 'Entstalinisierung', Hamburg 1991, S. 7-31.

Landesbibliothek Oldenburg

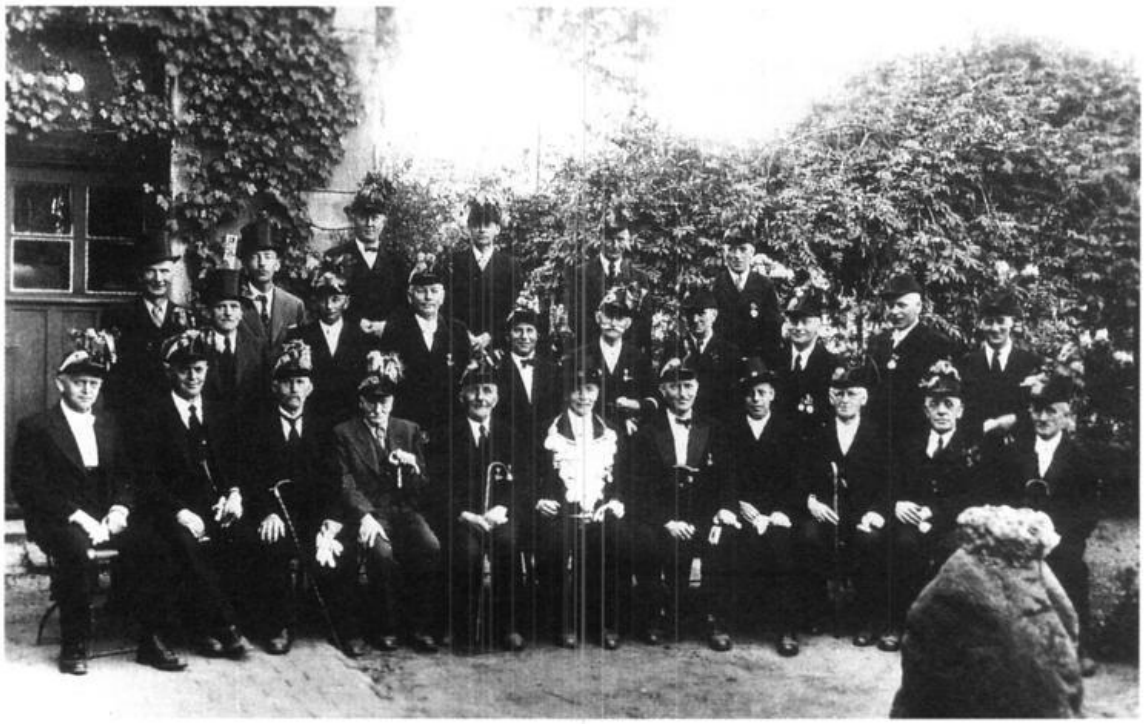

Abb. 2: Hermann Petermann (vordere Reihe 1. von links) beim Gildefest 1948 im Kreis des Offizierskorps (Sammlung Alfred Panschar, Wildeshausen).

wicklung Vorschub, die Bernd Weisbrod treffend als „Entwirklichung der NS-Vergangenheit" kennzeichnete. Fragen nach persönlicher Schuld oder Verantwortung wurden verdrängt, die individuelle Biographie löste sich gleichsam aus der Geschichte heraus.[27])

Ende 1948 schien auch für Petermann die NS-Zeit überwunden. Die Sanktionen des Spruchgerichts waren erledigt, die Entnazifizierung hatte er glimpflich überstanden. In Wildeshausen war er ohne größere Anfechtungen wieder aufgenommen worden. Für einige Zeit trat Petermann am Ort relativ wenig in Erscheinung. Dies war jedoch nicht einer Art Schamfrist zuzurechnen, sondern lag daran, dass er seine gesundheitlichen Probleme erst nach Jahren überwinden konnte. Seit 1953 etwa begann er wieder, sich in zahlreichen Vereinigungen zu engagieren: in der Feuerwehr vor allem, in Musikvereinen und der Jägerschaft – und mit wachsendem Einfluss in der Gilde.

Schon Pfingsten 1948 – wenige Wochen nach seiner Entlassung aus der Lagerhaft – hatte er seinen Platz im Offizierskollegium der Gilde wieder eingenommen. Er bekleidete den Rang eines Majors und knüpfte so an die Zeit vor 1933 an. Die seitdem vergangenen fünfzehn Jahre schienen wie ausgeblendet. Bald darauf wurde er Adjutant des Kommandeurs und begann, der weiteren Entwicklung der Gilde seinen

27) Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Bernd Weisbrod, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Rechtsradikalismus (s. Anm. 2), Zitat S. 16.

Landesbibliothek Oldenburg

Stempel aufzudrücken.[28]) Maßgeblich gestaltete er das Jubiläumsgildefest 1953 und die Erneuerung der Satzung und der Dienstvorschrift in den Jahren 1955 und 1956. Deutlich wurde dabei der militärische Charakter der Gilde verstärkt. 1964 stieg Petermann zum Oberst und damit zum Kommandeur der Gilde auf.

Ein erheblicher Teil der Wildeshauser Gesellschaft war in der Nachkriegszeit alles andere als demokratisch orientiert und mehrheitlich auch nicht an einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Vergangenheit interessiert. Mit dem beginnenden Wiederaufbau und der Stabilisierung der Versorgungslage entfaltete sich eine konservative, ländlich-kleinstädtische Gesellschaft, die sämtliche politischen Verwerfungen der zurückliegenden 50 Jahre weitgehend intakt überstanden hatte und die von einer großen Konstanz geprägt war. In der 1949 gegründeten Bundesrepublik erlebte dieses konservative Milieu erneut eine Renaissance. Es herrschte die restaurative Orientierung an den Wertvorstellungen der wilhelminischen Gesellschaft. Bis in die 60er Jahre hinein blieb diese Mentalität kulturell dominant.[29]) Ein deutlicher Beleg für die verbreitete antidemokratische Haltung war das Wahlergebnis der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei, die 1951 bei der Landtagswahl in Niedersachsen landesweit sehr erfolgreich war und die in Wildeshausen mit 27,6 % der Stimmen sogar stärkste Partei wurde. 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht die SRP wegen ihrer offenen Anknüpfung an die NSDAP.[30])

Charakteristisch für die Atmosphäre der Nachkriegszeit in Wildeshausen ist das Schicksal zweier Opfer des NS-Regimes, die unter ganz verschiedenen Umständen und mit viel Glück die Verfolgungen überstanden hatten. Die Rede ist von dem schon erwähnten Theodor Cohn und von Carl de Haas, einem Juden aus Wildeshausen, der mit einer christlichen Frau verheiratet war und durch diese, von den Nationalsozialisten so genannte privilegierte, Mischehe von den ersten Deportationswellen verschont blieb und später aus dem KZ Theresienstadt befreit wurde. Beide kehrten nach Wildeshausen zurück. Sie spielten zwar in der Folge sehr unterschiedliche Rollen, aber ihre gemeinsame Erfahrung war, dass sie vielfach ungebrochen auf Ablehnung stießen und sich beide nach einiger Zeit resigniert zurückzogen.[31])

28) Bernhard Brockmann, 600 Jahre Wildeshauser Schützengilde von 1403. Geschichte der Gilde von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wildeshausen 2002, hier S. 128-151.

29) Zum gesellschaftlichen Klima der 50er Jahre vgl. die Beiträge bei Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

30) Otto Büsch, Geschichte und Gestalt der SRP, in: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Berlin u.a. 1957, S. 1-192; Günter Trittel, Die Sozialistische Reichspartei als niedersächsische Regionalpartei, in: Weisbrod, Rechtsradikalismus (s. Anm. 2), S. 67-85.

31) Theodor Cohn (vgl. Anm. 19) hatte als sogenannter ‚Halbjude' 1933 seine Stellung als Lehrer verloren. Die Familie kämpfte in den dreißiger Jahren schwer um ihre wirtschaftliche Existenz und erlitt zahlreiche Diskriminierungen und Denunziationen, erfuhr aber auch Solidarität und Unterstützung. Cohn erlebte das Kriegsende in einem Arbeitslager. Nach seiner Rückkehr wurde er von den britischen Besatzern zum Stadtsekretär ernannt und später zum Gemeindedirektor gewählt. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Stadtrat, in denen Konflikte aus der NS-Zeit wohl häufig eine Rolle spielten, gab er 1950 sein Amt auf und kehrte in den Schuldienst zurück. Carl de Haas kämpfte nach seiner Rückkehr jahrelang um die Rückerstattung seines arisierten elterlichen Besitzes. 1961 zog er mit seiner Frau nach Bremen. Sein Sohn Helmut, der als Kind mit ihm in Theresienstadt gewesen war, hatte nach dem Krieg größte Schwierigkeiten, sich in Wildeshausen wieder einzuleben. Er reagierte oft aggressiv auf fortgesetze Diskriminierungen durch das Umfeld und wanderte 1955 als Jugendlicher in die USA aus. Vater und Sohn haben es später konsequent abgelehnt, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Landesbibliothek Oldenburg

Der sozialpsychologische Hintergrund für dieses gesellschaftliche Klima war die Weigerung der Mehrheit der Deutschen, die Realitäten der dunklen Vergangenheit anzuerkennen. Dieses Nicht-Wissen-und-Nicht-Wahrhaben-Wollen blieb lange Zeit prägend für die bundesdeutsche Gesellschaft.[32]) Erst mit den vielschichtigen Umwälzungen, die sich in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren vollzogen, verlor die Beschönigung der NS-Vergangenheit langsam den Charakter einer herrschenden Meinung. Die Zeitgeschichtsschreibung hat den fundamentalen gesellschaftlichen Wandel dieser Zeit als Liberalisierung und Modernisierung charakterisiert.[33]) Dieser interessante Prozess kann hier nicht nachgezeichnet werden, es sei nur allgemein auf diese Entwicklung hingewiesen, weil sie den zeitgeschichtlichen Hintergrund für Petermanns zweite kommunalpolitische Karriere bildete und erkennbar ist, dass dies nicht ohne Bedeutung für ihren Verlauf blieb.

Kommunalpolitisches Comeback

1964, im Alter von 67 Jahren, zog es Hermann Petermann statt in den Ruhestand zurück in die Politik. Bei der Kommunalwahl bewarb er sich für die FDP um Sitze im Stadtrat und im Kreistag. Dabei wurde seine NS-Vergangenheit öffentlich nicht kritisiert, aber dennoch zum Thema im Wahlkampf. Etwa drei Wochen vor der Wahl sorgte eine anonyme Telefonkampagne in Wildeshausen für Unruhe. Die Anrufer warben für die Wahl der CDU und verbanden diesen Aufruf mit dem Appell *Wählt nicht die Nazis Petermann / FDP und Nehring / SPD.*[34]) Von dieser Form der Unterstützung distanzierte sich die CDU in aller Deutlichkeit. In gleichfalls anonymen Anrufen wurde jedoch ein CDU-Kandidat konkret der Urheberschaft beschuldigt. In der Folge gab es viele gegenseitige Anschuldigungen und ergebnislose Strafanzeigen gegen Unbekannt. Es wäre unergiebig, darüber zu spekulieren, wem diese Kampagnen schadeten und wem sie nützten. Interessant ist, wie Petermann selbst reagierte. Er schaltete sich zweimal mit Zeitungs-Leserbriefen in die Auseinandersetzung ein.[35]) Geschickt versuchte er, sich über den Parteienstreit zu stellen. Aber zwischen den Zeilen wurde deutlich, dass er sich getroffen fühlte. Wehleidig beklagte er, dass alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder vogelfrei wären, und warf seinen Gegnern Heuchelei vor. Dann ging er mit seiner Vergangenheit in die Offensive. Er wäre bereit, schrieb er, jedem Interessierten sein Spruchgerichtsurteil vorzulegen, um zu beweisen, dass vor Gericht fast nichts von den Vorwürfen übrig geblieben sei. Hier offenbarte Petermann ein erschreckendes Maß an Uneinsichtigkeit. Es wurde schon erläutert, wie problematisch die Spruchgerichtsverfahren verliefen und wie hilflos die Ermittler gegenüber den Leugnungen der Angeklagten waren.

32) Heinz Bude, Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1992; Alexander Mitscherlich / Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, 15. Aufl., München 1998.

33) Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002; Axel Schildt (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

34) WZ, 10.9.1964 (Zitat); weitere Berichte und Leserbriefe am 12.9., 15.9., 18.9., 19.9., 24.9.

35) WZ, 16.9. und 22.9.1964.

Landesbibliothek Oldenburg

Abb. 3: Hermann Petermann als Gildeoberst in den 60er Jahren (Sammlung Alfred Panschar, Wildeshausen).

Dennoch – und das hatte Petermann wohl vergessen – hatte ihm der Richter in dem Urteil sehr differenziert seine Verantwortlichkeit auseinandergesetzt. Dies später in einen quasi-Freispruch umzudeuten, war dreist. Petermann hätte seine Rückkehr auf die politische Bühne begründen können mit dem Willen, sich zu rehabilitieren. Aber anscheinend fehlte ihm ganz und gar ein Bewusstsein für das Prekäre seiner Kandidatur.

Von den Wählern konnte er sich kurz darauf voll bestätigt fühlen. Er erzielte im September 1964 ein hervorragendes persönliches Wahlergebnis, die FDP nominierte ihn prompt zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl. Im neuen Stadtrat bildeten FDP und SPD eine Gruppe, die gegenüber der CDU eine Mehrheit von 10:9 Stimmen hatte; daher konnte nichts anderes erwartet werden, als dass Petermann zum Bürgermeister gewählt würde. Zur allgemeinen Überraschung unterlag er jedoch mit einer Stimme dem CDU-Kandidaten Heinz Schrader. Genaues ist über den Hintergrund dieser Entscheidung nicht bekannt. Es spricht aber vieles dafür, dass der Abweichler aus den Reihen der SPD kam. Diese Schlappe wurde für Petermann allerdings durch eine gleichfalls überraschende Wahl zwei Tage später ausgebügelt. In einer ähnlichen Konstellation wählte der neue Kreistag Hermann Petermann mit einer knappen Mehrheit von SPD und FDP zum Landrat.[36])

Drei Jahre später, 1967, nominierte der Kreisverband der FDP Petermann zum Wahlkreiskandidaten für die Landtagswahl. Um es vorwegzunehmen, Petermann erzielte wieder ein hervorragendes Ergebnis, nämlich 20,6 % der abgegebenen Stimmen. Dies gelang sogar gegen den Landestrend, wo die FDP insgesamt schwach abschnitt, und gegen den gleichfalls sehr beliebten CDU-Kandidaten Müller-Bargloy aus Wildeshausen, der bei dieser Wahl zum vierten Mal das Direktmandat im Wahlkreis gewann. Petermanns Popularität war also ungebrochen, wenngleich er nicht unangefochten war. Im Wahlkampf hatte es erneut Angriffe wegen seiner Vergangenheit gegeben, diesmal sogar mit offenem Visier. Wiederum waren es Kontrahen-

36) Landkreis Oldenburg, Archiv, Protokoll der Kreistagssitzung am 22.10.1964.

Landesbibliothek Oldenburg

Zur **Landtagswahl**
am 4. Juni 1967
kandidiert für die

FDP

unser Landrat
Hermann
Petermann

In Wildeshausen geboren, war er von 1933 bis 1945 Bürgermeister seiner Heimatstadt. Er hat während dieser Zeit sämtliche nicht unerheblichen Schulden der Stadt abgetragen und zusätzlich den städtischen Grundbesitz um etwa 40 ha vermehrt.

Oberst der Wildeshauser Schützengilde von 1403 und Stadtbrandmeister, Landmaschinen-Kaufmann,

Hermann Petermann

stellte sich auf vielseitigen Wunsch der Einwohner 1964 erneut zur Stadtrats- und Kreistagswahl.

Er wurde unser Landrat

Vor kurzem wurde er in den Feuerschutzbeirat des Landes Niedersachsen berufen.

Hermann Petermann sagt zur Landtagswahl: „Es wird selten soviel geflunkert wie vor einer Wahl und nach der Jagd. Aber aus vielen Gesprächen mit den Einwohnern meines Wahlkreises als Landrat und durch meine berufliche Tätigkeit weiß ich aus allen Schichten der Bevölkerung, wo der „Schuh drückt."

Sie können daher sicher sein, daß Hermann Petermann durch weitere persönliche Kontakte auch in unserer Landeshauptstadt Hannover **Ihre** Angelegenheiten vertreten wird, wenn Sie ihm am 4. Juni 1967 **Ihre Stimme** geben

Mok wat Du wullt —
aber dat ene is wichtig —
dat, wat Du mokst,
dat mok richtig!

Quelle: Stadt Wildeshausen, Sammlung Bahrenburg

Abb. 4: Wahlwerbung der Wildeshauser FDP zur Landtagswahl 1967 (Stadt Wildeshausen, Sammlung Bahrenburg).

Landesbibliothek Oldenburg

ten von der CDU, mit denen sich Petermann per Leserbrief auseinandersetzte. Einer seiner Unterstützer warf CDU-Politikern in einem weiteren Leserbrief vor, Petermann auf Wahlveranstaltungen *als Nazi diskriminiert* zu haben.[37]) Die Replik des angegriffenen CDU-Ratsherrn konnte erst nach der Wahl erscheinen: Er kritisierte, dass sich Petermann niemals öffentlich von seiner früheren politischen Einstellung distanziert hätte. Weiter empfand er es als anmaßend, dass *der frühere Ortsgruppenleiter der NSDAP heute eine demokratische Partei beschuldigt, Wähler zu verdummdeubeln [...] und es ist erstaunlich wie schon 20 Jahre nach dem Tausendjährigen Reich ehemals herrschende Parteigrößen heute so tun, als wenn alles vergessen und in bester Ordnung wäre.*[38]) Diese Formulierung war natürlich polemisch zugespitzt, die Kritik aber im Kern nicht unbegründet. Petermann hatte sie auch selbst provoziert. Im Wahlkampf warb die FDP auf Flugblättern für ihren Kandidaten gänzlich ungeniert mit seiner Erfahrung als *Bürgermeister seiner Heimatstadt von 1933 bis 1945.*[39])

Die Kommunalwahl 1968 brachte in Wildeshausen ein ähnliches Ergebnis wie 1964. Die FDP war die einzige Partei, die einen deutlichen Verlust hinnehmen musste und ein Mandat verlor. Dafür war erstmals die NPD mit einem Ratsherren vertreten. Rechnerisch hatte die SPD-FDP-Gruppe keine Mehrheit, dennoch trat Hermann Petermann wieder zur Bürgermeisterwahl an. Aus den protokollierten Verlautbarungen der CDU-Fraktion, die nur knapp eine absolute Mehrheit verfehlt hatte, geht recht eindeutig hervor, dass sie aufgrund von gescheiterten Gesprächen im Vorfeld mit dem nun folgenden Wahlausgang gerechnet hatte.[40]) Petermann wurde mit einer Stimme Mehrheit erneut zum Bürgermeister gewählt, und es ist ein offenes Geheimnis, dass er dabei von dem NPD-Vertreter unterstützt wurde. Dies war natürlich nicht ohne Brisanz: Der ehemalige NSDAP-Bürgermeister kam 23 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft wieder ins Amt und das mit maßgeblicher Unterstützung einer rechtsradikalen Partei. Anstelle demokratischer Kultur bestimmte offenbar kühles Machtstreben das Verhalten der Mehrheitsfraktionen.

Die zweite Amtszeit verlief für Petermann unbefriedigend. Sein Verhältnis zu dem ehrgeizigen Stadtdirektor Jäkel galt als sehr angespannt. Petermann konnte von seinen Vorstellungen weniger verwirklichen als erhofft. Ohne dass er dies jemals öffentlich eingeräumt hätte, war diese Konstellation anscheinend der Grund für seinen schnellen und für Außenstehende überraschenden Rücktritt nach nur eineinhalb Jahren im Frühjahr 1970. Wahrscheinlich gab es dafür aber noch eine weitere, tiefere Ursache, die den Akteuren selbst nicht bewusst gewesen sein wird. Ende der 1960er Jahre wurde auch in Wildeshausen die gesellschaftliche Liberalisierung spürbar. Die Modernisierungsbestrebungen der Stadtverwaltung unter Jäkel sind in diesen Zusammenhang zu stellen. Auch die vielseitigen und bunten, wenig vom Pathos der alten Tradition bestimmten Feiern des 700jährigen Stadtjubiläums 1970 können als Anzeichen dafür gewertet werden.[41]) Weitere Beispiele ließen sich ergänzen. Der nunmehr 73jährige Bürgermeister Petermann passte mit seinen konservativen Prägungen nicht mehr in diese Zeit.

37) WZ, 3.6.1967.
38) WZ, 10.6.1967.
39) StW, Sammlung Bahrenburg; s. Abb. 4.
40) StW, Ratsprotokoll vom 16.11.1972.
41) Vgl. 700 Jahre Stadt Wildeshausen 1270-1970. Menschen, Bilder, Geschichten, Wildeshausen 1970.

Landesbibliothek Oldenburg

Petermann absolvierte noch eine weitere Wahlperiode bis 1976 im Stadtrat. Bei seiner letzten Wahl 1972 war die Unterstützung der Wähler stark zurückgegangen. Die Zusammenarbeit innerhalb der FDP-Fraktion gestaltete sich zunehmend schwieriger, die Verständigung auf gemeinsame Positionen war für alle Beteiligten oft nicht einfach.[42]) Vor der Kommunalwahl 1976 verkündete Hermann Petermann mit fast achtzig Jahren seinen Rückzug. Nur ein knappes Jahr später, im September 1977, ist er verstorben.

Am Beispiel der doppelten Karriere Hermann Petermanns haben sich einige Charakteristika der lokalen NS-Erinnerungskultur Wildeshausens herauskristallisiert, die hier am Schluss dieser gedrängten Zusammenfassung thesenhaft vorgestellt werden.

Petermanns nationalsozialistische Vergangenheit ist eine facettenreiche Geschichte, die von Widersprüchen und Zwängen, von gutem Willen und grobem Versagen, von Schuld und Verantwortung handelt; in der Nachkriegszeit wurde sie von ihm und seinen Unterstützern zu einer simplen Erfolgsstory umgedeutet. Öffentlich hat sich Petermann niemals vom Nationalsozialismus distanziert. Wenn Kritik laut wurde, zeigte er sich kläglich unfähig, darauf angemessen zu reagieren. Aus diesen Gründen kann sein kommunalpolitisches Comeback in den sechziger Jahren auch nicht als Rehabilitierung bewertet werden. Unter den beschriebenen Umständen stellt es einer Gesellschaft mit hohen demokratischen Ansprüchen ein Armutszeugnis aus.

Zu der bis heute überwiegend positiven Erinnerung an Petermann trug sicherlich seine humorvolle, volkstümliche und engagierte Persönlichkeit bei. Voraussetzung für dieses positive Bild ist jedoch eine realitätsferne Idealisierung seiner Rolle in der NS-Zeit, die sich nur unter vollkommener Ausblendung der Opfer durchsetzen konnte. Diese Verklärung durch viele Wildeshauser hatte eindeutig eine selbstentlastende Funktion. Ein tief verinnerlichtes Argumentationsmuster, das in den Aussagen von Zeitzeugen immer wieder zu erkennen ist, hat etwa folgenden Tenor: Petermann war in Ordnung – bei uns war alles nicht so schlimm.

Die Ergebnisse dieser lokalgeschichtlichen Fallstudie lassen eine Asymmetrie der Erinnerungskulturen auf verschiedenen politischen Ebenen erkennen. Der nationale, bundesdeutsche Diskurs hat seit den achtziger Jahren zweifellos ein beachtliches Niveau im Hinblick auf einen offenen und selbstkritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit erreicht. Demgegenüber steht hier ein Beispiel, wo die örtliche, gleichsam ‚vor der eigenen Haustür liegende' Geschichte auch sechs Jahrzehnte nach Kriegsende längst nicht frei ist von Verdrängung, Stilisierung und Legendenbildung.

42) So die übereinstimmenden Berichte verschiedener Zeitzeugen.

Landesbibliothek Oldenburg

Landesbibliothek Oldenburg

Gerd Steinwascher

Verwaltungsreformen und historische Überlieferung – Vorgeschichte, Ergebnisse und Konsequenzen für das Oldenburger Land

Schon der Titel wirft Fragen auf: Was ist eigentlich noch das „Oldenburger Land" nach den Verwaltungsreformen der vergangenen Jahrzehnte im Land Niedersachsen, die nach und nach die alten Strukturen, aus denen 1946 das Bundesland Niedersachsen entstand, unkenntlich machten und machen? Sie sind schon noch zu entdecken, vor allem für den an Kultur und Geschichte Interessierten. Die Oldenburgische Landschaft, nach der jüngsten Reform in ihrer Funktion noch gestärkt, die Kultur fördernde Institution des alten Landes Oldenburg zu sein, hat natürlich ihren Zuständigkeitsbereich nicht verändert und versucht, eine oldenburgische Identität, ja Heimatbewusstsein zu fördern.[1]) Auch das Staatsarchiv am Damm hat seine räumliche Zuständigkeit in den Grenzen des alten Landes. Und auch der Oldenburger Landesverein wahrt natürlich weiter seine Tradition und sieht seinen Wirkungsbereich in dem Territorium, dessen Grenzen Jüngere wohl kaum noch richtig abzustecken wissen. Dies wäre auch in einer Zeit viel verlangt, in der die Begriffe „Land" und „Region" nebeneinander stehen und für ganz unterschiedliche Gebilde Verwendung finden. Das „Land" bezeichnet alte wie bestehende politisch-administrative Zusammenhänge (Land Niedersachsen, Jeverland, Oldenburger Münsterland). Unter Emsland kann man sogar sowohl die Gebietskörperschaft, den Landkreis, wie auch den Naturraum, das Emstal, verstehen, die Emsländische Landschaft dagegen umfasst neben der genannten Gebietskörperschaft noch eine weitere, den Landkreis Grafschaft Bentheim, der Emsländische Heimatbund dagegen die Heimatvereine des Landkreises Emsland.

Ähnlich vieldeutig ist der Begriff Region. Ist das Oldenburger Münsterland eine Region oder etwa Butjadingen? Immerhin gibt es grenzüberschreitende Regionen, die sich räumlich über Gebietskörperschaften definieren, die EUREGIO oder die Ems-

1) Siehe den Ende 2006 erschienenen, von der Oldenburgischen Landschaft herausgegebenen und beeindruckenden Band: Rainer Rheude/Peter Kreier, Das Oldenburger Land. Ein starkes Stück Niedersachsen, Oldenburg 2006.

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Gerd Steinwascher, NLA – Staatsarchiv Oldenburg, Damm 43, 26135 Oldenburg

Landesbibliothek Oldenburg